



06. Juli 2018

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Konzept zur „Ordnung und Steuerung der Migrationspolitik“**
- **Haushalt 2018 verabschiedet**
- **Mehr Pflegerinnen, mehr Pfleger, bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne**
- **Härteleistungen für Opfer terroristischer Straftaten bzw. extremistischer Gewalttaten und ihre Hinterbliebenen erhöht**
- **Ein Abendessen mit der Kanzlerin**
- **Treffen der Weseranrainer**
- **Sigmar Gabriel kommt zum SPD-Frühschoppen nach Bad Arolsen**

Konzept zur „Ordnung und Steuerung der Migrationspolitik“

Nach dem tagelangen Streit zwischen Merkel und Seehofer über den Umgang von in anderen EU-Ländern registrierten Migranten zeigte nun die SPD, dass sie die starke Kraft in der Regierungskoalition ist und nicht einfach abnickt, was die Unionsparteien nach viel Gepolter beschlossen haben.

Die SPD mit Andrea Nahles und Olaf Scholz dagegen hat nüchtern und pragmatisch reagiert.

Es ist vernünftig, dass Flüchtlinge, die bereits in einem anderen EU-Land ein Asylverfahren begonnen haben, nicht einfach mal eben in Deutschland einen zweiten Anlauf nehmen können. Für sie soll innerhalb von 48 Stunden ein schnelles Transferverfahren an der Grenze durchgeführt werden.

Das ist ein sachlicher Kompromiss. Dafür hätte es den inszenierten Streit der CDU/CSU nicht bedurft. Es ging nicht um die Sache, sondern darum, wer die Macht bei der Union hat.

Das „C“ bei der CDU/CSU steht weniger für christlich als vielmehr für Chaos. Die drei von der Union vorgeschlagenen Punkte waren dünn und tragen nicht dazu bei, Probleme zu lösen. Unsere Partner in Europa werden diese „Schein-Einigung“ auch nicht mittragen. Österreich hat bereits angekündigt, nicht mitmachen zu wollen.

Wir Sozialdemokraten wollen keine nationalen Alleingänge. Wir wollen keine Massenlager und Flucht soll keinen Haftgrund begründen. Nach wie vor brauchen wir eine europäische Lösung.

Das konnten wir durchsetzen. Den erzielten Kompromiss präsentierte SPD-Chefin Andrea Nahles: "Es wird keine nationalen Alleingänge geben. Es wird keine einseitigen Zurückweisungen an der Grenze geben. Es wird stattdessen ein beschleunigtes Grenzverfahren etabliert."

**UNSERE 5 PUNKTE
FÜR EINE EUROPÄISCHE
MIGRATIONSPOLITIK:**

1. EUROPA MUSS MEHR VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN
2. FREIZÜGIGKEIT ERHALTEN – KEINE NATIONALEN ALLEINGÄNGE!
3. MEHR SOLIDARITÄT MIT EU-ANKUNFTSSTAATEN
4. EU-AUßENGRENZEN SCHÜTZEN
5. DEUTSCHLAND BRAUCHT EIN EINWANDERUNGSGESETZ

SPD

Seehofer sollte weniger fordern, sondern mehr liefern

Was wir erlebt haben, war das Aufblasen eines eher kleinen Problems zu einer Staatskrise.

Wir fordern Innenminister Seehofer auf, seine Arbeit zu tun. Im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) aufzuräumen, die Abschiebung von Gefährdern konsequent durchzuführen, in direkten Gesprächen mit unseren Europäischen Partnern bi- und multilaterale Lösungen finden, um die Binnengrenzen in Europa offen halten zu können und eine geordnete europäische Flüchtlingspolitik zu organisieren.

Nun kommt auch das Einwanderungsgesetz, das wir schon lange gefordert haben. Dafür gibt es auch schon einen konkreten Zeitplan: Damit der Gesetzentwurf noch bis Ende des Jahres vom Kabinett beschlossen werden kann, soll im Frühherbst ein Eckpunktepapier fertig sein.

Haushalt 2018 verabschiedet

Die SPD bleibt auch beim Haushalt der Motor der Koalition. In dieser Sitzungswoche wurde der von unserem Bundesfinanzminister Olaf Scholz aufgestellte Entwurf des Bundeshaushalts 2018 beschlossen. Die finanzpolitischen Schwerpunkte tragen eine klare sozialdemokratische Handschrift.

Noch nie zuvor wurde der Fokus so deutlich auf Investitionen zum Erhalt der Zukunftsfähigkeit unseres Landes gelegt: Wir investieren in Kitas, Schulen, Straßen- und Schieneninfrastruktur, in den Breitbandausbau, in den sozialen Wohnungsbau, den Eigentumserwerb junger Familien mit der Einführung des Baukindergelds und stärken die soziale Stadt. Wir investieren in die Städtebauförderung und in die Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Kultur und Jugend. Das Familienministerium erhält 15 Mio. Euro zusätzlich zur Stärkung der Jugendarbeit und für die Stärkung unserer demokratischen Institutionen. Wir sorgen weiterhin für mehr Investitionen in den Klima- und Umweltschutz und erhöhen die Förderung der Forschung an

Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Unsere sozialdemokratische Handschrift zeigt sich darüber hinaus in den Bereichen der sozialen Sicherheit.



Weitere spürbare Verbesserungen gibt es bei der Rente und in der Pflege. Weiterhin unterstützen wir die finanzielle Situation von Alleinerziehenden und sorgen für Verbesserungen bei der Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt. Darüber hinaus sorgen wir für deutliche Verbesserungen bei der Bundesverwaltung und für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Was Seehofer in seinen Behörden nicht schafft, regeln wir! Wir sorgen mit einer deutlichen Aufstockung für mehr Personal und für mehr Sicherheit. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erhält rund 1.650 neue Stellen und es werden 4.500 Stellen entfristet. Und wir schaffen im Haushalt die Voraussetzungen, 3.075 neue Stellen bei der Bundespolizei und 525 Stellen beim Bundeskriminalamt aufzubauen. In der Zollverwaltung werden rund 1.400 neue Stellen geschaffen, in den nächsten drei Jahren sollen weitere 6.000 Stellen hinzukommen.

Mehr Pflegerinnen, mehr Pfleger, bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne

Der Bundestag hat den Haushaltsplan des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) verabschiedet. Der im Vergleich eher kleine Haushalt des Bundesgesundheitsministeriums umfasst 15,2 Milliarden Euro.

Im Vergleich zur großen Summe der Beitragseinnahmen ist das eher wenig. Der Grund ist einfach: Weit über 200 Mrd. EURO werden über die Krankenversicherung abgewickelt, also über die Beiträge der Versicherten. Insofern ist Gesundheitspolitik mehr als die im Bundeshaushalt ausgewiesenen 15 Mrd. EURO.



Dr. Edgar Franke sprach zum Haushaltsplan und betonte das Erreichte in der Gesundheitspolitik. Er verwies auf das Versichertenentlastungsgesetz, das eine deutliche Entlastung der Arbeitnehmer und Rentner bedeute und mit dem die Parität bei den Beitragszahlungen für die gesetzliche Krankenversicherung hergestellt werden solle.

„Wir haben den Reformstau in der Pflege aufgelöst, mit über 15 Milliarden mehr für die Altenpflege. Wir haben zweitens den Kassenärztlichen Vereinigungen Instrumente an die Hand gelegt, um die flächendeckende, medizinische ambulante Versorgung zu erhalten. Und wir haben drittens durch das Krankenhausstrukturgesetz die Versorgungsqualität in den Krankenhäusern endlich zum Thema gemacht“, so Franke vor dem Deutschen Bundestag.

Die Verbesserungen müssen auch bei den Menschen ankommen, so Franke weiter. Von den Menschen vor Ort erfahre man, dass beispielsweise die Verbesserungen in der Tages- oder Verhinderungspflege von alten Menschen bei den Pflegebedürftigen, bei denen, die zu Hause in der Familie pflegen, angekommen sind.

Grundsätzlich gelte: Das Geld, das wir zur Verfügung stellen, müsse auch ankommen. Mit den vorhandenen Mitteln müsse die Versorgung der Menschen weiterhin verbessert werden. Vor allem müsse die flächendeckende medizinische Versorgung, gerade in den ländlichen Bereichen gesichert werden. Hier sind vor allen Dingen auch die Kassenärztlichen Vereinigungen gefordert, so Franke.

„Wir müssen dafür Sorge tragen, dass diese Instrumente tatsächlich auch umgesetzt werden. Denn eins muss man wirklich sagen, der Sicherstellungsauftrag der Kassenärztliche Vereinigung heißt nicht Sicherstellung der Einkommen der ambulant tätigen Ärzte, sondern Sicherstellung der Versorgung. Ich habe manchmal den Eindruck, dass dies in der Praxis verwechselt wird“, kritisiert Franke.

Abschließend fasst Franke zusammen: „Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung, die Sicherstellung der Patientenversorgung – das steht im Zentrum unserer Bemühungen.

Darüber hinaus müssen wir bessere Bedingungen für das Pflegepersonal herstellen. Hierfür haben wir die Weichen gestellt. Das ist der rote Faden unserer Gesundheitspolitik. Das politische Credo in der Pflege lautet dabei:

Mehr Pflegerinnen und Pfleger, bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege und höhere Löhne!“

Hier zeige sich die sozialdemokratische Handschrift, in der Gesundheitspolitik!

Härteleistungen für Opfer terroristischer Straftaten bzw. extremistischer Gewalttaten und ihre Hinterbliebenen erhöht

Der Bundeshaushalt 2018 sieht vor, dass die Härteleistungen für Opfer terroristischer Straftaten bzw. extremistischer Gewalttaten und ihre Hinterbliebenen erhöht werden. Konkret geht es um die rückwirkende Verdreifachung des Angehörigenschmerzensgeldes, die zukünftige Erhöhung der Entschädigungen für Unterhaltsschäden (einmalige Pauschalen), der Schäden beim beruflichen Fortkommen sowie der Einführung von Reisekostenbeihilfen.

Für die Bearbeitung der Anträge ist das Bundesamt für Justiz (BfJ) aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) zuständig. Die dafür benötigten Mittel in Höhe von insgesamt 8 Mio. € für das Jahr 2018 werden in den Titeln 0718 681 01 „Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe“ und 0718 681 02 „Entschädigung für Opfer terroristischer Gewalt“ im Haushalt des BfJ eingestellt. Auch für Folgejahre sollen die benötigten Mittel im Haushalt veranschlagt werden.

Die Angehörigenpauschalen für Hinterbliebene terroristischer Straftaten und extremistischer Übergriffe sollen von 10.000,00 € für nächste Angehörige und 5.000,00 € für Geschwister rückwirkend auf 30.000,00 € bzw. 15.000,00 € erhöht werden.

Die Rückwirkung soll umfassend sein, d.h. sich auf den Zeitraum seit Schaffung des Haushaltstitels im Jahr 2002 (Verletzungen ab 1. Januar 2001) und auch auf Opfer extremistischer Gewalttaten beziehen (Tathandlung ab 1. Januar 1999). Hierunter fallen also auch die Opfer der NSU und Terrorakte an deutschen Bürgern im Ausland.

Daneben sollen zukünftig die Pauschalen für einmalige Entschädigungen für Unterhaltsschäden sowie Schäden beim beruflichen Fortkommen wie folgt erhöht werden.

Ein Abendessen mit der Kanzlerin

Nach Abschluss der Haushaltsverhandlungen waren die Koalitionshaushälter mit den Mitarbeitern der Fraktion zum Abendessen ins Kanzleramt eingeladen.



Bettina Hagedorn, unsere parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium (BMF), und ich hatten aufgrund eines Gesprächs im BMF den gemeinsamen Fototermin mit der Kanzlerin auf der Terrasse vor dem Bankettsaal im fünften Stock verpasst.

Zum Glück bekamen wir dann doch noch die Gelegenheit zu einem gemeinsamen Foto mit der Kanzlerin – nur zu dritt und in typischer Kanzlerinnen-Pose: Beim Blick auf die Kamera formte Angela Merkel sofort die Raute, wobei sie aber mit uns im Gespräch blieb.

Beim anschließenden Buffet nutzte die Kanzlerin die Gelegenheit zu Gesprächen an den einzelnen Tischen. Interessant war der Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen von der CDU über den internen Streit mit deren Schwesterpartei.

Nach abschließender Lesung des Haushalts und der Schlussabstimmung am Donnerstag wurde der Haushalt 2019 am Freitag von unserem Finanzminister Olaf Scholz eingebracht.

Damit geht es für uns erst einmal in die parlamentarische Sommerpause – die hoffentlich der eine oder der andere in den C-Parteien nutzen wird, sein Gemüt ein wenig abzukühlen, um mit klarem Kopf im Herbst zur Sacharbeit zurückkehren zu können.

Treffen der Weseranrainer

Unsere Bundesumweltministerin, Svenja Schulze, besuchte uns diese Woche beim Treffen der Weseranrainer.



Die einzelnen Abgeordneten dieser Runde sind höchst unterschiedlich betroffen von den Salzeinleitungen in die Weser durch Kali+Salz. Svenja wollte ihren Besuch daher in erster Linie dafür nutzen, die betroffenen Abgeordneten kennenzulernen und sich über ihre jeweiligen Probleme zu informieren.

Zuständig für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinien sind – mit Ausnahme von internationalen Verflechtungen – grundsätzlich zwar die Länder, in Klageverfahren aber ist der Bund der Verfahrensbeteiligte. Deshalb ist der Austausch zwischen den Anrainern und dem Bundesumweltministerium durchaus wichtig. Aller Voraussicht nach soll es im November 2018 eine Entscheidung des Weserrats zur Umsetzung möglicher Maßnahmen aus dem Masterplan zur Salzreduzierung in Weser und Werra geben. Bevor es ein Votum des Rates der Flussgebietsgemeinschaft (FGG) Weser gibt, werden auch wir als betroffene Anrainer gemeinsam mit den Landespolitikern ein Votum abgeben.

Erläuterung: Die Flussgebietsgemeinschaft Weser (FGG Weser)

Die FGG Weser ist 2003 aus der bereits 1964 gegründeten Arbeitsgemeinschaft zur Reinhaltung der Weser (ARGE Weser) hervorgegangen. Den Vorsitz der FGG Weser hat derzeit das Land Bremen. In der zentralen Geschäftsstelle der Flussgebietseinheit Weser in Hildesheim werden die gemeinsamen Arbeiten der Bundesländer koordiniert.

Nachhaltiges Flussgebietsmanagement erfordert eine länderübergreifende Kooperation. Denn Flüsse bilden mit ihren Einzugsgebieten ökologische Einheiten. Eingriffe und Nutzungen wirken sich auch über Ländergrenzen hinweg aus. Der Weserrat, das Entscheidungsgremium der FGG Weser, steuert alle flussgebietsweiten wasserwirtschaftlichen Fragestellungen. Er besteht aus den Abteilungsleitern der Wasserwirtschaftsverwaltungen der Länder bzw. aus deren Vertretern.

Ich habe für meinen Wahlkreis noch einmal betont, dass wir gleich zweifach durch die Salzeinleitungen geschädigt sein könnten: Zum einen würde die geplante Einleitungsstelle bei uns liegen, und zum anderen befindet sich hier auch der Edersee, dessen Tourismus durch zu häufige und zu umfangreiche Wasser-Einleitungen in die Weser bedroht würde.

Ich habe daher in dieser Runde deutlich gemacht: Der Tourismus am Edersee darf nicht gefährdet werden, um allein die Interessen von Kali+Salz an einer möglichst hohen Einleitungsmenge zu bedienen.

Sigmar Gabriel kommt zum SPD-Frühschoppen nach Bad Arolsen

Esther Dilcher hat Sigmar zum Frühschoppen am 12. August 2018 auf dem Viehmarkt in Bad Arolsen eingeladen.

Seine Auftritte sind legendär: klare Kante und, wo nötig, markige Worte und dazu Sigmars Temperament. Wir alle können uns auf einen klasse Frühschoppen freuen, denn Stoff für zündende Reden gibt es genug. Und auch wenn wir in einer Koalition sind: Den Mund oder gar Kritik verbieten lassen wir uns als Sozialdemokraten nicht.



Ich freue mich auf Sie und Euch am Sonntag ab 11:30 Uhr in Bad Arolsen!



Wir Sozialdemokraten wünschen unseren Bürgerinnen und Bürgern in Nordhessen an dieser Stelle eine erholsame Sommerpause! Genießen Sie ihren Urlaub zuhause oder in der Fremde und bleiben sie gesund!

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke – Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.